



WIESBADEN



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 24.06.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 30. Juni 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 12.05.2016

Bereich Kultur

2. **16-F-01-0007**

Raum für Kultur schaffen
-Antrag der SPD Fraktion vom 13.06.2016-

Mit Beschluss Nr. 0176 vom 25.05.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung einem Ankauf der derzeit leerstehenden City-Passage durch die WVV zugestimmt. Eine Zwischennutzung bis zur Umsetzung der Neubau-Pläne mit oder durch einen privaten Partner wird noch Zeit vergehen. Gleichzeitig besteht großer Bedarf nach Raum für Kreative und Kulturschaffende. Hierzu gibt es positive Erfahrungen mit der zwischenzeitlichen Nutzung des leerstehenden Alten Gerichtes durch Kulturschaffenden zu besonderen Konditionen (u.a. Kündigungsfrist von 48 Stunden).

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die City-Passage in Gänze oder in Teilen zu ähnlichen Konditionen wie das Alte Gericht an interessierte Kulturschaffende vermietet werden kann.

3. 16-F-20-0001

Zukunft des Jugendreferats des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden
-Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die GRÜNEN vom 21.06.2016-

Der Pressberichterstattung vom 21.06.2016 war zu entnehmen, dass der Vertrag mit der langjährigen Leitung des Jugendreferates des Hessischen Staatstheater Wiesbaden Priska Janssens nicht mehr verlängert wurde. Ferner wurde eine umfassende Neustrukturierung dieses Bereiches des Theaters angekündigt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss lädt zur nächsten Sitzung Vertreter des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden ein und bittet um Vorstellung der Umstrukturierungspläne zur weiteren Entwicklung des Jugendreferates.

4. 16-F-08-0023

Regelmäßige Einladung und Rederecht für sachkundige Bürger*innen im Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 21.06.2016-

Der Ausschuss wolle beschließen:

Zu den Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften werden regelmäßig Vertretungen folgender Institutionen eingeladen: Stadtschüler*innenrat, Stadteltererbeirat der Schulen und Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer im die Landeshauptstadt Wiesbaden betreffenden Schulamtsbezirk.

Jeweils einer Person der drei genannten Gremien sichert der Ausschuss - wenn gewünscht - Rederecht zu den Tagesordnungspunkten zu, die eine Schule bzw. Schulangelegenheiten betreffen.

5. 16-F-02-0009

Heimatschule
-Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2016-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über das Projekt „Heimatschule“ der Stabsstelle beim Oberbürgermeister „Wiesbadener Identität - Engagement - Bürgerbeteiligung“ zu berichten, insbesondere

- welche Zielsetzungen mit der „Heimatschule“ verfolgt werden.
- welche Position das bereits in mehreren Auflagen mit städtischer Unterstützung erschienene und von den Schulen gern eingesetzte Heimatkunde-Buch „Wiesbaden - eine Entdeckungsreise mit dem Riesen Ekko“ im Rahmen der „Heimatschule“ einnimmt.
- welche Bildungsakteure und -vermittler (z.B. Schulamt, Kulturamt, Stadtarchiv, Stadtmuseum, Heimat-/Geschichtsvereine, in der Geschichtsvermittlung tätige Bürger) waren an der Entwicklung des Projekts beteiligt.
- welche Kosten anfallen.

6. 16-F-03-0048

Finanzierung des internationalen Trickfilmfestivals

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2016-

Das 18. internationale Trickfilmfestival in Wiesbaden, durchgeführt von den „Freunden der Filme im Schloss“, steht vor einer schwierigen finanziellen Lage, die den Kern des schon längst zur Institution gewordenen Festivals bedroht.

Trickfilmfestivals sind im gesamten Bundesgebiet - vor allem im Vergleich zu den Nachbarländern - selten. Wiesbaden markiert hier also einen wichtigen Kulturbeitrag zum Zusammenfinden einer jungen Kunst- und Kulturszene. Internationale Gäste tragen zum Austausch verschiedener Nationen und vor Ort zur Integration bei.

Im Zuge einer rückläufigen Finanzierung durch die hessische Filmförderung und in diesem Jahr ausbleibenden finanziellen Unterstützung kooperierender Akademien kann anstatt durchschnittlich 8-10 Gästen dieses Jahr nach bisherigem Stand nur ein einziger Gast eingeladen werden.

Um dem Festival eine dauerhafte Perspektive in der Landeshauptstadt zu bieten, bedarf es einer finanziellen Grundlage, die Planung erlaubt und nicht jedes Jahr bangen lässt, die Veranstaltung absagen zu müssen. Zudem braucht es eine akute Lösung für die prekäre Lage des Festivals in 2016.

Der Ausschuss möge beschließen:

- I. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften bekennt sich zum internationalen Trickfilmfestival Wiesbaden und will dessen Bestand in der etablierten Form gesichert wissen - auch mit Einladungen internationaler Gäste.
- II. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. finanzielle Mittel für die Einladung von weiteren Gästen in der geforderten Summe bereitzustellen.
 - b. dem Festival Planungssicherheit zu verschaffen, indem eine Finanzierungsbasis geschaffen wird, die am Bedarf der Veranstaltung ausgerichtet ist.
 - c. Gespräche mit der hessischen Filmförderung und dem Kulturfonds Rhein/Main zu führen, um eine höhere Förderung für das internationale Trickfilmfestival zu erreichen.

7. 16-F-08-0026

Sachstandsbericht zur Einrichtung einer Gedenkstätte für Opfer des Widerstands gegen die NS-Diktatur und eine Gedenktafel für im Dienst für Wiesbaden ums Leben gekommener Personen
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 22.06.2016-

Der Ältestenausschuss hatte am 14.11.2013 beschlossen, zum Thema „Gedenkstätte für Opfer des NS-Widerstandes und im Dienst Umgekommenen“ eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen konkreten Vorschlag zu diesem Thema ausarbeitet. Gemäß diesem Beschluss gehörten der Arbeitsgruppe neben einer Vertreterin/einem Vertreter jeder Fraktion der Oberbürgermeister, Frau Stadträtin Scholz und ein/e Mitarbeiter/in des Hauptamts sowie Herr Dr. Faber und Herr Dr. Ulrich an. Die Arbeitsgruppe hatte folgende Ergebnisse erarbeitet, die der Ältestenausschuss einmütig bestätigte:

Es sind zwei eigenständige Gedenkstätten für zwei Personengruppen zu realisieren:

- a. für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand entgegengesetzt haben
- b. für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sowie Personen, die in Ausübung ihres Dienstes in oder für Wiesbaden bzw. für die Wiesbadener Bevölkerung ums Leben gekommen sind.

Der Arbeitskreis und mit ihm der Ältestenausschuss kamen einmütig zur Auffassung, dass für beide Personengruppen jeweils eine Gedenkstätte im Rathaus-Foyer realisiert werden soll:

- a. Die Nische rechts neben der Pforte, in der zurzeit Informationsmaterialien bereitgehalten werden, soll für das Gedenken an den NS-Widerstand vorgesehen werden.
- b. Die beiden freien Wände im Erdgeschoss-Flur vor Raum 022 sollen für das Gedenken an die im Dienst umgekommenen Personen vorgesehen werden. Möglich wäre hier eine Gedenktafel, ein flaches Touchscreen o.ä. - jedenfalls soll die Fluchtlinie, die durch die angedeuteten Pfeiler markiert wird, nicht überschritten werden.

Beide Gedenkstätten sollen alle heutzutage bestehenden technischen Möglichkeiten (aktualisierbares Touchscreen etc.) nutzen.

Dezernat V wurde für die Federführung vorgesehen.

Die erforderlichen Mittel wurden für den Haushalt 2016/17 bereitgestellt.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über den Sachstand hinsichtlich der einmütig beschlossenen Einrichtung eines Gedenkraums bzw. einer Gedenktafel berichten.

8. 16-F-08-0024

Kosten für das Recht, Werbematerial für Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum verteilen zu dürfen
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 22.06.2016-

Aus gegebenem Anlass wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat möge folgende Fragen beantworten:

1. Trifft es zu, dass für die Verteilung von Werbematerial (z.B. Flyer) im öffentlichen Raum für Veranstaltungen, auch Kulturveranstaltungen, in der Landeshauptstadt Wiesbaden den Veranstaltern neben den Kosten für die Erstellung und eigentliche Verteilung auch noch weitere Kosten entstehen, z. B. dadurch dass von den Veranstaltern an die Wall AG Zahlungen zu leisten sind, um Werbematerial verteilen zu dürfen?
2. Welche vertraglichen Regelungen gibt es diesbezüglich seit wann mit der Wall AG?
3. Welche Regelungen sind bei der Verteilung von Werbematerial im Stadtgebiet zu beachten?

Bereich Schule

9. 16-F-26-0001

Schulentwicklung in Wiesbaden

-Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die GRÜNEN und FDP vom 21.06.2016-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Aus den vor kurzem abgeschlossenen Verteilkonferenzen für das Schuljahr 2016/17 zu berichten (absolute Zahlen & Übergangsquoten) und dabei auch auf das Angebot an G8/G9 Plätzen einzugehen.
2. In Zukunft jeweils nach den Verteilkonferenzen dem Ausschuss für Schule und Kultur zu berichten und mögliche Auswirkungen auf den geltenden Schulentwicklungsplan darzulegen. Unabhängig davon den Schulentwicklungsplan auf weiter nötige Anpassungen jährlich zu überprüfen.
3. Ein Modell zu entwickeln, mit dem bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2016-2021 eine stärkere Beteiligung von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie interessiertem Fachpublikum ermöglicht werden kann.

10. 16-F-08-0025

Fragen zum Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“

-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 22.06.2016-

Die konzeptionellen Vorarbeiten für eine Ferienbetreuung an den am Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“ beteiligten drei Schulen sind abgeschlossen. Zum Schuljahr 2016/17 soll die „Pilotphase“ gestartet werden. Die in die Beratungen eingebrachte Sitzungsvorlage enthält Elternbeiträge für verschiedene Module. Finanzielle Anteile des Landes und der Stadt sowie eine Kostenkalkulation für Verpflegung und Betreuung sind aus der Sitzungsvorlage nicht ablesbar.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Der Magistrat möge folgende Fragen beantworten:

1. Wie hoch sind die finanziellen Mittel des Landes Hessen (absolute und relative Höhe), die für die an den drei Grundschulen geplanten Leistungen (Betreuung bzw. Mittagessen) zur Verfügung stehen?

2. Wie hoch sind die finanziellen Mittel (absolute und relative Höhe) der Landeshauptstadt Wiesbaden, die für die an den drei Grundschulen geplanten Leistungen (Betreuung bzw. Mittagessen) zur Verfügung stehen?
3. Wie hoch ist der erwartete Beitrag der Eltern (absolute und relative Höhe) für die an den drei Grundschulen geplanten Leistungen (Betreuung bzw. Mittagessen)?
4. Wie viele Mittagessen werden für den Schuljahresbeitrag von 840 € pro Schüler*in geboten und wie sind die Kosten für diese Essen hinsichtlich Personalausgaben und Material (Lebensmittel) kalkuliert?
5. Welche qualitativen und quantitativen Vereinbarungen gibt es hinsichtlich der Mittagessen?
6. Wo und von wem werden die Mittagessen zubereitet? In welchen Räumlichkeiten werden sie jeweils ausgegeben und eingenommen?
7. Von wem werden die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in den Betreuungszeiten betreut? Welche Qualifikation haben die Betreuungspersonen? Wie ist der Betreuungsschlüssel (Betreuungsperson/Anzahl der zu betreuenden Schüler*innen)? Welche Vereinbarungen gibt es bezüglich der Betreuung?
8. Mit welchen monatlichen Kosten pro Kind haben Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz zu rechnen, wenn sie die Betreuung zwischen 7.30 und 14.30 Uhr (mit und ohne Mittagessen) in Anspruch nehmen?
9. Wie hoch ist die monatliche Leistung nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz (abgesehen von der Übernahme der Kosten der Unterkunft und besonderen Zuschüssen) für ein Grundschulkind?
10. Wie hoch sind die vorgesehenen Beitragszuschüsse bei den unterschiedlichen Betreuungs-„Modulen“ pro Kind?

10.1 16-V-40-0019

DL 20/16-6

Landesprogramm Pakt für den Nachmittag; Module und Elternbeiträge

11. Verschiedenes (Bereiche Kultur und Schule)

Tagesordnung II

1. 16-V-01-0009

DL 21/16-1

Bericht zum Projekt Walkmühle

2. 16-V-41-0007

DL 20/16-7

Wiesbaden-Biennale 2016 des Hess. Staatstheaters Wiesbaden; Nutzung von Außenflächen

3. 16-V-41-0013

DL 26/16-5, 25/16-5

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Finanzierungsrahmen 2017-19

- | | | |
|-----------|---|-------------------|
| 4. | 16-V-20-0026 | DL 20/16-1 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2016 | |
| 5. | 16-V-05-0003 | DL 21/16-4 |
| | Bildung integriert Wiesbaden- Einrichtung eines ressortübergreifenden Bildungsmanagements | |
| 6. | 16-V-40-0014 | DL 20/16-5 |
| | IM-Jahresabschluss 2015 | |
| 7. | 16-V-40-0015 | DL 27/16-6 |
| | Rudolf-Dietz-Schule Neubau - Ausführungsvorlage - | |
| | Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2016. | |
| 8. | 16-V-40-0017 | DL 27/16-7 |
| | Neue Innenstadtgrundschule - Personalbedarf | |
| | Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 28.06.2016. | |
| 9. | 16-V-51-0020 | DL 20/16-8 |
| | Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2015 | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende